

Forschung für Demokratie: Herausforderungen verstehen, demokra- tische Bildung und Innovationen fördern

Entwicklungsplan 2026-2029 des Zentrums für Demokratie Aarau

Impressum

Herausgeber

Zentrum für Demokratie Aarau (ZDA)
Villa Blumenhalde
Küttigerstrasse 21
5000 Aarau

www.zdaarau.ch
info@zdaarau.ch

Redaktion

Andreas Glaser, Daniel Kübler, Monika Waldis

Korrektorat

Mireille Braun, ZDA

Der Entwicklungsplan kann unter www.zdaarau.ch als PDF heruntergeladen werden.

Alle Rechte vorbehalten.

Aarau, Dezember 2025

Inhalt

Vorwort	4
Das Zentrum für Demokratie Aarau (ZDA) – Portrait.....	6
Vier Schwerpunkte in der Forschung	8
Schwerpunkt 1: Direkte Demokratie.....	11
Schwerpunkt 2: Demokratische Systeme im Wandel	13
Schwerpunkt 3: Demokratie und die historische und politische Bildung	15
Schwerpunkt 4: Demokratische Innovationen.....	18
Lehre und Wissenstransfer	20
Das ZDA und die breitere Öffentlichkeit	21
Dienstleistungen.....	22
Ressourcen	23

Vorwort

Das Zentrum für Demokratie Aarau (ZDA) blickt auf eine weitere ereignisreiche Planungsperiode zurück. In den vergangenen Jahren haben wir unsere Stellung als anerkanntes Forschungsinstitut in der Schweiz und darüber hinaus weiter festigen können. Gleichzeitig standen Demokratien weltweit unter verstärktem Druck: politische Polarisierung, technologische Umbrüche, geopolitische Spannungen und gesellschaftliche Transformationsprozesse verlangen nach vertieftem Wissen und innovativen Antworten.

Der vorliegende Entwicklungsplan für die Jahre 2026 bis 2029 beschreibt, wie das ZDA diesen Anforderungen begegnen will. Er legt die strategischen Ziele in Forschung, Lehre, Wissenstransfer und Dienstleistungen fest und dient sowohl als interne Orientierung wie auch als Kommunikationsinstrument gegen aussen.

Ein besonderer Schwerpunkt der kommenden vier Jahre liegt auf **demokratischen Innovationen**. Angesichts der vielfältigen Herausforderungen, denen sich Demokratien auf der ganzen Welt ausgesetzt sehen, liegt die Frage auf der Hand, ob und wie sich Demokratie weiterentwickeln kann, um resilienter zu werden. Eine Antwort liefert die Erforschung von demokratischen Innovationen. Dazu gehören neue Formen der politischen Beteiligung, die Nutzung digitaler Instrumente zur Meinungsbildung oder der Einsatz von Modellen deliberativer Demokratie auf lokaler, kantonaler und nationaler Ebene. Mit einem neuen, transversalen Forschungsschwerpunkt wollen wir unsere bisherigen Arbeiten in diesem Bereich vertiefen und Perspektiven entwickeln, die alle am ZDA vertretenen Disziplinen einschliessen. Ziel ist es nicht nur, neue wissenschaftliche Erkenntnisse zu erlangen, sondern auch praktische Impulse für eine widerstandsfähige, lernfähige und lebendige Demokratie zu geben.

Darüber hinaus werden wir auch weiterhin zentrale Themen aus dem Bereich der **direkten Demokratie** behandeln, den Beitrag von **Politischer Bildung und Geschichtsdidaktik** für die politische Beteiligung erforschen und stärken, und uns den Herausforderungen widmen, die sich aus gesellschaftlichem und technologischem **Wandel für demokratische Systeme** ergeben. Die Ergebnisse unserer Forschung wollen wir nicht nur in wissenschaftliche Debatten einbringen, sondern auch für Politik, Verwaltung, Schulen und die breite Öffentlichkeit zugänglich machen. Denn Demokratieforschung ist kein Selbstzweck: Sie soll gesellschaftliche Entwicklungen sichtbar machen und zu konkreten Lösungen beitragen.

Die Umsetzung unserer Pläne setzt ein starkes Team, eine gute Vernetzung und eine solide finanzielle Basis voraus. Dank der Unterstützung unserer vier Träger – Stadt Aarau, Kanton Aargau, Universität Zürich und Fachhochschule Nordwestschweiz – sowie dank der erfolgreichen Einwerbung von Drittmitteln sind die Voraussetzungen dafür in den bevorstehenden vier Jahren gegeben. Wir wissen dieses Vertrauen sehr zu schätzen und sehen es als Ansporn, die Ansprüche an unsere Arbeit bezüglich wissenschaftlicher Qualität und gesellschaftlicher Relevanz weiterhin hochzuhalten.

Die Direktion des ZDA



Prof. Dr. Daniel Kübler
Direktionsvorsitzender
Leitung Abteilung
Allgemeine Demokratieforschung (ADF)
Zentrum für Demokratie
Aarau



Prof. Dr. Andreas Glaser
Direktionsmitglied
Leitung Abteilung Centre
for Research on direct
Democracy (c2d)
Zentrum für Demokratie
Aarau



Prof. Dr. Monika Waldis
Direktionsmitglied
Leitung Zentrum für Politische
Bildung und Geschichtsdidaktik
(PBGD)
Zentrum für Demokratie
Aarau

Das Zentrum für Demokratie Aarau (ZDA) – Portrait

Die Demokratie befindet sich in einer akuten Krise. Im *Democracy Report 2025* des V-Dem-Projekts wurden weltweit erstmals seit 20 Jahren weniger demokratische als nicht-demokratische Länder gezählt. Damit leben heute drei von vier Menschen (72 Prozent der Weltbevölkerung) in nicht-demokratischen Systemen – der höchste Anteil seit 1978. Eine Welle der Autokratisierung hat die Welt erfasst und ein Ende ist nicht abzusehen, im Gegenteil. Es sind nicht mehr nur kürzlich demokratisierte Länder mit wenig stabilen Institutionen, die in den Autoritarismus zurückfallen. Auch in Weltregionen mit alten, bisher stabilen Demokratien wie Westeuropa oder Nordamerika ist die Demokratiequalität zurückgegangen – allen voran in den USA. Die Demokratie ist heute weltweit so stark unter Druck wie schon lange nicht mehr. Diese Entwicklung wirft Grundfragen zur Organisation des Staates und seiner Institutionen auf. Zentrale demokratische Prinzipien wie Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit, Gewaltenteilung sowie freie und faire Wahlen sind immer häufiger und immer konkreter bedroht. Aber auch zu den Ursachen der Krise stellen sich wichtige Fragen. Im Unterschied zu früher enden Demokratien heute nicht in Staatsstreich oder Umstürzen, sondern langsam und schleichend. Oftmals wird der Niedergang dabei vorangetrieben von demokratisch gewählten Politiker:innen, die von der Unzufriedenheit der Bürger:innen mit den existierenden Institutionen profitieren. Die aktuelle Demokratiekrise ist somit auch eine Krise der demokratischen Institutionen und ihrer Fähigkeit, die Anliegen der Bürger:innen angemessen zu berücksichtigen, die ihnen in der Folge das Vertrauen entziehen.

Vor diesem Hintergrund wächst die Bedeutung des Zentrums für Demokratie Aarau (ZDA). Das ZDA ist ein Forschungsinstitut, das von der Stadt Aarau, vom Kanton Aargau, der Universität Zürich und der Fachhochschule Nordwestschweiz getragen wird. Das ZDA betreibt Demokratieforschung aus der Perspektive der Politikwissenschaft, der Rechtswissenschaft, der Politischen Bildung und der Geschichtsdidaktik. Es erarbeitet wissenschaftliche Erkenntnisse zu Strukturen, Prozessen und Wirkungen demokratischer Institutionen und deren Funktionsweise, Entscheidungsfindung, Rechtsetzung und Machtausübung sowie fachdidaktische Grundlagen für die politische und historische Bildung. Dabei bearbeitet es einerseits Projekte im Bereich der Grundlagenforschung, andererseits aber auch Auftragsprojekte zu nationalen, kantonalen und kommunalen Fragestellungen. Etablierte und international anerkannte Methoden der Demokratieforschung werden ergänzt durch neue Zugänge wie zum Beispiel der «Partizipationsforschung», also der Forschungsmitarbeit interessierter Laien. Hinzu kommen didaktische Entwicklungen, die in neue Lehrmittel und Lernmaterialien für den Geschichtsunterricht und die Politische Bildung münden. Mittels Fachtagungen und öffentlichen Anlässen zu aktuellen wissenschaftlichen und politischen Fragestellungen fördert und unterstützt das ZDA den Dialog zwischen Politik, Zivilgesellschaft und Wissenschaft. Das ZDA ist national wie international gut vernetzt und unterhält langjährige Kooperationen mit namhaften Institutionen im In- und Ausland. Es trägt in besonderem Masse zur Schweizer Demokratieforschung bei und gibt Impulse für Entwicklungen und Reformen.

Die konkreten Ziele, die das ZDA in diesen Tätigkeitsfeldern erreichen möchte, werden in den jeweils für vier Jahre angelegten Entwicklungsplänen definiert. Angelehnt an die aktuellen Themen der internationalen wissenschaftlichen Debatte definiert die Direktion des ZDA für jede Planungsperiode spezifische Akzente, die auch an jeweilige relevante Entwicklungen auf regionaler und nationaler Ebene angepasst sind. Der vorliegende Entwicklungsplan ist mittlerweile der fünfte seiner Art.

2009-2013

Das ZDA ist durch einen direktdemokratischen Entscheid zustande gekommen. Die Stimmberechtigten der Stadt Aarau sagten am 17. Juni 2007 Ja zur Gründung und Unterstützung des ZDA, das von der Stadt Aarau, dem Kanton Aargau, der Universität Zürich und der Fachhochschule Nordwestschweiz seit dem 19. Januar 2009 gemeinsam betrieben wird. Die erste Planungsperiode war geprägt durch Aufbauarbeiten in Forschung und Entwicklung sowie durch die Einbettung des ZDA in die Region Aarau, etwa mit dem Start der Aarauer Demokratietage.

2014-2017

Die zweite Planungsperiode stand im Zeichen der personellen und strukturellen Konsolidierung und der Etablierung des ZDA in der schweizerischen Wissenschaftslandschaft. Dafür war nicht nur der enge Bezug zum Nationalen Forschungsschwerpunkt NCCR Democracy bedeutsam, sondern auch die Einwerbung von zahlreichen extern finanzierten Forschungsprojekten. Der wissenschaftliche Ertrag in Form von Publikationen, Vorträgen und eigenständig durchgeführten Konferenzen wuchs. Für talentierte Nachwuchsforschende wurde das ZDA zu einem attraktiven Karriere-Sprungbrett.

2018-2021

In der dritten Entwicklungsphase konnte das ZDA als unverzichtbares Aargauer Element in der schweizerischen Forschungslandschaft nachhaltig gesichert werden. Alle Träger erneuerten ihr Bekenntnis zum ZDA und beschlossen die entsprechenden finanziellen Mittel. Die Universität Zürich ermöglichte darüber hinaus die Einrichtung zwei neuer Assistenzprofessuren am ZDA – eine in Politikwissenschaft und eine in öffentlichem Recht. Mit den Voto-Analysen nach jedem eidgenössischen Urnengang konnte das ZDA seine Bekanntheit in der gesamtschweizerischen Öffentlichkeit weiter steigern. Auch im Kanton Aargau stieg die Bekanntheit des ZDA als Kompetenzzentrum für Demokratiefragen.

2022-2025

Die vierte Phase stand im Zeichen der Vertiefung. In besonderem Masse befasste sich das ZDA in dieser Phase mit dem Wandel von Demokratie und mit der Weiterentwicklung von politischer Beteiligung. Demokratische Innovationen im Schweizer Kontext einer (halb-)direkten Demokratie, Grundlagen guter Rechtsetzung, die Rolle der Schweiz in einem neuen Europa, deliberative Formate der politischen Partizipation, inklusive Grundlagen des Argumentierens und Urteilens sowie Fragen zur Förderung einer digitalen «Citizenship» standen im Zentrum der Forschungs- und Entwicklungsarbeiten.

2026-2029

In der kommenden Periode möchte das ZDA einerseits diese Themen weiterverfolgen. Andererseits möchten wir systematischer als bisher die Zusammenarbeit zwischen den Abteilungen und über die drei Disziplinen hinweg fördern. Dies geschieht durch die Formulierung eines neuen Querschnittsthemas – demokratische Innovationen – als vierten Schwerpunkt unserer Forschung. Angesichts der aktuellen Krise der Demokratie ist es besonders bedeutsam, Fragen zur Anpassung und Weiterentwicklung der demokratischen Institutionen zu stellen und zu untersuchen.

Vier Schwerpunkte in der Forschung

Das Herz des ZDA bildet die wissenschaftliche Untersuchung der Demokratie in ihren vielfältigen Erscheinungsformen aus der Perspektive politik-, rechts- und bildungswissenschaftlicher Fragestellungen. Die Forschung bildet somit auch in den kommenden vier Jahren das wesentliche Mittel zur Verwirklichung unserer strategischen Ziele. Im Mittelpunkt steht die Auseinandersetzung mit relevanten Fragen zur demokratischen Gestaltung von Gesellschaften – global, national und lokal – auf der Basis der jeweils neuesten Erkenntnisse. In den unten aufgeführten Forschungsfeldern sollen auch in der neuen Planungsperiode substantielle Beiträge erarbeitet werden. Der Erfolg unserer Forschung misst sich an der Sichtbarkeit der Ergebnisse innerhalb der schweizerischen wie auch der internationalen Wissenschaftsgemeinschaft sowie an deren Bedeutung für den Erkenntnisfortschritt und Diskursen in den jeweiligen Feldern, die gesellschaftliche Problemanalyse und die Entwicklung von Lösungen zum Nutzen der Gesellschaft. Konkrete Massstäbe sind Veröffentlichungen in renommierten wissenschaftlichen Publikationsorganen, die Einwerbung von Drittmitteln sowie der Karriereerfolg unseres wissenschaftlichen Nachwuchses. Darüber hinaus ist uns die Pflege nationaler und internationaler Forschungskooperationen ein wichtiges Anliegen.

Die Forschungstätigkeit orientiert sich abteilungsübergreifend an vier thematischen Schwerpunkten*

Schwerpunkt 1* Direkte Demokratie

Schwerpunkt 2* Demokratische Systeme im Wandel

Schwerpunkt 3* Demokratie und die historische und politische Bildung

Schwerpunkt 4* Demokratische Innovationen

Diese Schwerpunkte werden auf den nachfolgenden Seiten dargestellt, mit Ausführungen zu Themenbereichen und Fragestellungen, welche in der aktuellen Periode des Entwicklungsplanes bearbeitet werden sollen.

Darüber hinaus sind für unsere Forschungsarbeit die folgenden Aspekte wichtig:

Interdisziplinäre Zusammenarbeit

Die interdisziplinäre Zusammenarbeit zwischen den Abteilungen soll in der kommenden Planungsperiode weitergeführt und vertieft werden.

Dies geschieht einerseits in regelmässigen Treffen der Mitglieder des ZDA-Teams. Zu nennen sind nicht nur die zwei Mal jährlich durchgeführten Teamseminare, in denen jeweils Forschungsprojekte der drei Abteilungen vorgestellt und diskutiert werden. Auch die monatlichen Brown-Bag-Lunches erlauben einen intensiven, disziplinenübergreifenden Austausch zu aktuellen wissenschaftlichen Fragen. Teambildende Aktivitäten, wie etwa Exkursionen, sowie sportliche Einsätze wie etwa beim Aarauer Altstadtlauf oder an Fussballturnieren tragen ebenfalls zum abteilungsübergreifenden Austausch bei und werden von der Direktion weiterhin unterstützt.

Andererseits werden auch in der neuen Planungsperiode weiterhin abteilungs- und disziplinenübergreifende Forschungsprojekte durchgeführt. Dazu gehören nicht nur die Arbeiten an der Abstimmungsdatenbank *Referendum Database (RDB)*, welche sowohl Rechts- als auch Politikwissenschaftler:innen involviert. Auch die Zusammenarbeit an der politikdidaktischen Ressource *PB Tools* soll fortgesetzt werden, die von einer Beteiligung aller drei Abteilungen profitiert. Besonders relevant wird die interdisziplinäre Zusammenarbeit durch die geplanten Forschungsarbeiten zum Thema demokratische Innovationen, die zu einem eigenen Schwerpunkt ausgebaut werden.

Publikationstätigkeit

In den drei am ZDA vertretenen Disziplinen werden die folgenden Publikationsstrategien verfolgt:

- Politikwissenschaft: Publikation von Artikeln in den besten internationalen, SSCI-indexierten Fachzeitschriften mit Peer-Review, und Publikation von Monographien, Sammelbänden oder Sammelbandbeiträgen bei renommierten Verlagen.
- Rechtswissenschaft: Publikation von Artikeln in angesehenen nationalen und internationalen rechtswissenschaftlichen Zeitschriften, Publikation von Monographien und Mitwirkung an Sammelwerken und Kommentierungen.
- Politische Bildung und Geschichtsdidaktik: Publikation von Artikeln in peer-reviewten deutsch- und englischsprachigen Zeitschriften, Publikation von Artikeln in Sammelbänden, Publikation von Monographien und Sammelbänden, Herausgabe des Open-Access-Journals «Historical Thinking, Culture, and Education (HTCE)» sowie von Sammelbänden zu Tagungsthemen der Politischen Bildung.

Entsprechend den Gepflogenheiten in den verschiedenen Disziplinen verfolgen wir dabei das Ziel von Open Access Publikationen (mindestens «Green» OA, nach Möglichkeit «Gold» OA). Des Weiteren werden wir auch künftig die Studienberichte des ZDA auf unserer Website open access zur Verfügung stellen.

Drittmittelakquise

Demokratieforschung ist personalintensiv und erfordert entsprechende Ressourcen. Mittels Akquise von Drittmittelgeldern bei nationalen und internationalen Institutionen der Forschungsförderung – allen voran dem Schweizerischen Nationalfonds – werden grössere Forschungsprojekte finanzierbar. Die zu durchlaufenden Peer-Review-Verfahren und das Reporting tragen zur Qualität der Forschungsprojekte bei.

Organisation von wissenschaftlichen Tagungen

Die Abteilungen des ZDA schaffen mit regelmässig stattfindenden Tagungen und Workshops zentrale Foren für den Austausch zu aktuellen Brennpunkten der Demokratieforschung in den verschiedenen Disziplinen. Darüber hinaus tragen bewährte Veranstaltungsformate wie die jährlichen wissenschaftlichen Tagungen im Rahmen der Aarauer Demokratietage, die

zweijährliche Tagung «geschichtsdidaktik empirisch» und die Reihe «Erinnerung, Verantwortung, Zukunft» massgeblich zur nationalen und internationalen Vernetzung sowie zur Sichtbarkeit der Forschungsarbeiten des ZDA bei.

Nachwuchsförderung

Unsere Mitarbeitenden sind unser wichtigstes Kapital. Als universitäre Forschungseinrichtung engagieren wir uns für die Förderung des Schweizer Nachwuchses, der bei uns die notwendigen Qualifikationen für eine nationale oder internationale Karriere erwerben soll. Dies erfordert die frühzeitige Rekrutierung talentierter Studierender mit Interesse für die Wissenschaft. Die Tätigkeit als Hilfsassistentende ermöglicht einen Einstieg in verantwortungsvolle Aufgaben der Forschung und erlaubt dem ZDA in einem zunehmend anspruchsvollen Wettbewerbsumfeld die Sicherung der personellen Ressourcen.

Doktorierende finden am ZDA hervorragende Bedingungen für ihre akademische Ausbildung vor und profitieren von der Integration in die entsprechenden Förderstrukturen der Mutterhochschulen, wo sie im Rahmen der Doktoratsprogramme der Rechtswissenschaftlichen Fakultät oder der Philosophischen Fakultät promovieren. Im Rahmen des Doktoratsprogramms «Democracy Studies» der Philosophischen Fakultät ist die Betreuung von Seiten Fachdidaktiker:innen der Pädagogischen Hochschule FHNW zugelassen und anerkannt.

Die UZH und die beiden am ZDA beteiligten Fakultäten finanzieren darüber hinaus zwei Assistenzprofessuren auf den Gebieten Rechtswissenschaft und Politikwissenschaft. Damit betreibt das ZDA Nachwuchsförderung auch auf einer fortgeschrittenen Stufe. Die beiden Assistenzprofessuren stellen für qualifizierte Nachwuchswissenschaftler:innen ein ausgezeichnetes Sprungbrett auf dem Weg zur Professur dar.

Der Erfolg der Nachwuchsförderung bemisst sich nicht nur an der Anzahl erfolgreicher Abschlüsse, sondern auch anhand der Karriereschritte unserer Alumnae und Alumni im Anschluss an die Forschungstätigkeit am ZDA. Für Doktorierte bedeutet dies, dass sie entweder ihre wissenschaftliche Laufbahn als Postdoktorierende fortsetzen oder berufliche Tätigkeiten mit der Perspektive auf Führungsaufgaben ausüben, beispielsweise im Bildungswesen, in der öffentlichen Verwaltung und der Rechtsprechung, in der Privatwirtschaft, in der Anwaltschaft oder in den Medien. Assistenzprofessor:innen und fortgeschrittene Postdoktorierende streben vorrangig eine unbefristete Professur an einer Hochschule im In- oder Ausland an. Die Leitung des ZDA unterstützt die strategische Karriereplanung.

Die vielen bisher erfolgreich abgeschlossenen Dissertationen, aber auch die beeindruckenden nationalen und internationalen Karrieren unserer Alumnae und Alumni erfüllen uns mit grossem Stolz!

Schwerpunkt 1: Direkte Demokratie

Die direkte Demokratie steht im Fokus der Forschung am ZDA. Erforscht werden die Funktionsweise direktdemokratischer Institutionen, ihre Verbreitung, Voraussetzungen, Verfahren und Wirkungen – nicht nur in der Schweiz, sondern auch in anderen Staaten Europas und der Welt.

In diesem Forschungsschwerpunkt wird die Praxis der direkten Demokratie in Bund, Kantonen und Gemeinden, aber auch in anderen Staaten sowie in der Europäischen Union aus rechtswissenschaftlicher und politologischer Perspektive untersucht und es werden Aspekte der Politischen Bildung thematisiert. Methodisch sind sowohl institutionelle Analysen als auch vergleichende Untersuchungen vorgesehen, wobei gleichermassen fachspezifisch wie interdisziplinär geforscht wird.

a. Referendum Database – RDB (Abstimmungsdatenbank)

In der vergangenen Planungsperiode wurde die am ZDA aufgebaute und betriebene Datenbank zu Volksabstimmungen weltweit als *Referendum Database (RDB)* neu aufgestellt. In mehreren *World of Referendums*-Berichten haben wir die Daten der RDB ausgewertet und deren internationale Sichtbarkeit erhöht. Darüber hinaus hat das interdisziplinär zusammengesetzte RDB-Team an wissenschaftlichen Beiträgen mitgewirkt und diese an Konferenzen im In- und Ausland präsentiert. Das RDB-Projekt hat sich als Plattform für die interdisziplinäre Zusammenarbeit von Erziehungs-, Politik- und Rechtswissenschaftler:innen bewährt.

In der neuen Planungsperiode wird die *Referendum Database* in ein zukunftstaugliches relationales Datenmodell überführt. Dieses macht die institutionellen Grundlagen der direkten Demokratie besser sichtbar, erhöht die Datenqualität und erleichtert die Datenauswertung. Ebenfalls wird die Webseite erneuert und um Analysefunktionen erweitert. Dank einer umfassenden Erneuerung der konzeptionellen Grundlagen sollen Forschende weltweit die RDB-Daten besser nutzen können.

Das RDB-Team publiziert weitere *World of Referendum*-Berichte zu aktuellen Themen rund um die direkte Demokratie. Darüber hinaus werden die politik- und rechtswissenschaftlichen Forschungsprojekte weitergeführt und Kooperationen mit internationalen Partnern ausgebaut. Das Ziel ist es hier insbesondere, die internationale Sichtbarkeit der Datenbank, aber auch unserer Analysen weiter zu erhöhen. Im Rahmen des vom SNF und der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG gemeinsam finanzierten Projekt *Varieties of Referendums (V-Ref)* wird sich der Frage der Integrität von Volksabstimmungen widmen und einen Indikator zu ihrer Messung entwickeln, der mittelfristig in die RDB integriert werden kann.

b. Recht der direkten Demokratie

Der zentrale Gegenstand rechtswissenschaftlicher Forschung am ZDA ist das Recht der direkten Demokratie in Bund, Kantonen und Gemeinden. Publizistischer Ausdruck hiervon sind nebst einschlägigen Dissertationen das Standardwerk «Die demokratischen Rechte in Bund und Kantonen der Schweizerischen Eidgenossenschaft» und der Online-Kommentar zum Bundesgesetz über die Politischen Rechte. Näher zu erforschende Entwicklungen sind die

Gestaltungsmöglichkeiten parlamentarischer Gegenentwürfe zu Volksinitiativen, Unzulänglichkeiten bei der Umsetzung von Volksinitiativen und die mit Rechtsunsicherheiten behaftete Unterstellung von Ausgaben unter das Finanzreferendum. Grosses Potenzial für rechtswissenschaftliche Forschung besteht bei innovativen Formaten in Ergänzung zu den direktdemokratischen Instrumenten in Form von Bevölkerungsräten kombiniert mit der Auswahl durch Losverfahren.

c. Europäisierung der schweizerischen Demokratie

Die erste Phase des Forschungsprojekts zur Europäisierung der schweizerischen Demokratie ist mit drei Monographien zur Wirkungsweise von autonomem Nachvollzug von EU-Recht durch die Schweiz mit Blick auf die gegenseitige Anerkennung, zur völkervertraglich verpflichtenden Übernahme von EU-Recht durch die Schweiz und die institutionelle Bewältigung von Volksinitiativen im Widerspruch zu EU-Recht erfolgreich abgeschlossen worden. Aufbauend darauf werden die erzielten Erkenntnisse im Hinblick auf das gegenwärtig in der Diskussion befindliche Vertragspaket zwischen der Schweiz und der EU analysiert. Die Untersuchung nimmt den durch die institutionellen Elemente – dynamische Rechtsübernahme und Schiedsgerichtsbarkeit – bewirkten Wandel in den Blick. Der Schwerpunkt der zu erwartenden Ergebnisse liegt auf der Ermittlung von verfassungsrechtlichem Reformbedarf. Dies betrifft das parlamentarische Rechtsetzungsverfahren, die Unterstellung der Übernahme von Rechtsakten der EU unter das Referendum und die Gegenstände von Volksinitiativen.

d. Meinungsbildung und Entscheidungsprozesse in der direkten Demokratie

Die direkte Demokratie stellt hohe Anforderungen an die Stimmbürger:innen. Das Funktionieren der direkten Demokratie hängt massgeblich von einem hinreichenden Niveau Politischer Bildung beziehungsweise von der Politikkompetenz der Stimmberechtigten ab. Vor diesem Hintergrund dient die Untersuchung der Meinungsbildung und Urteile der Bürger:innen bei kommunalen, kantonalen und nationalen Abstimmungen nicht nur der Messung politischer Kräfteverhältnisse oder der Akzeptanz von Sachvorlagen. Sie erlaubt auch Aussagen über die Qualität der direktdemokratischen Entscheide und damit der Funktionsfähigkeit der direkten Demokratie.

Das vom ZDA koordinierte SNF-Projekt *Swiss Direct Democracy in the 21st Century* führt nach nationalen Abstimmungen Befragungen durch, um verschiedene Aspekte dieses Meinungsbildungsprozesses zu untersuchen. Eine Verstetigung dieser Forschungstätigkeit wird im Rahmen der *Swiss Roadmap for Research Infrastructures 2027* angestrebt. In einem weiteren Schwerpunktprojekt werden die normativen und empirischen Grundlagen der Folgen der Digitalisierung auf die Kampagnenakteure und auf die Meinungsbildung der Stimmberechtigten herausgearbeitet und Handlungsempfehlungen für die politischen Entscheidungsträger beziehungsweise die Gesellschaft formuliert. Hier schliesst auch das vom SNF-geförderte Projekt *Youth Online Participation and Digital Citizenship Education* an. Im Rahmen des Projekts erkunden wir digitale Informations- und Meinungsbildungsprozesse sowie Partizipationsentscheidungen bei 14- bis 19-jährigen Jugendlichen und nehmen deren politische Handlungs- und Urteilskompetenzen in analog-digitalen Kontexten in den Blick.

Schwerpunkt 2: Demokratische Systeme im Wandel

Im Zentrum des zweiten Forschungsschwerpunkts stehen die Herausforderungen, denen sich demokratische Systeme aufgrund von gesellschaftlichem, wirtschaftlichem, aber auch politischem Wandel stellen müssen.

Globalisierung, Migration, Digitalisierung oder der Bedeutungswandel intermediärer Organisationen wie Parteien und Verbände stellen demokratische Systeme vor neue Herausforderungen und führen zu Anpassungen und Veränderungen. Auch das Verhältnis der Bürger:innen zu den demokratischen Institutionen ist im Wandel begriffen.

a. Demokratie ohne Parteien – Parteien ohne Demokratie?

Der von den beiden Assistenzprofessuren bearbeitete Forschungsschwerpunkt fokussiert im Wesentlichen auf die Veränderungen im System der intermediären Organisationen. Politische Parteien und Verbände – in der Vergangenheit essenzielle Bausteine der Demokratie wie wir sie heute kennen – sind in einem starken Wandel begriffen und verlieren in vielen Ländern an Bedeutung. Nicht nur der Mitgliederschwund setzt ihnen zu. Neuartige Bewegungen mit losen Strukturen machen ihnen zunehmend Konkurrenz und neue Instrumente der politischen Partizipation ermöglichen den Bürger:innen zudem einen immer direkteren Einfluss auf Gesetzgebung und Politik. Braucht die Demokratie im 21. Jahrhundert noch politische Parteien? Sollen Parteien oder andere Strukturen der Interessensvermittlung und Repräsentation gesetzlich reguliert werden? Inwieweit sollen parteipolitische Aspekte auch im institutionellen Bereich berücksichtigt werden – etwa bei der Besetzung von Gerichten? Diese Fragen werden aus rechts- und politikwissenschaftlicher Perspektive untersucht.

b. Governance und Demokratie

Die Logik des staatlichen Handelns hat sich durch Verwaltungsreformen und den vermehrten Einbezug von privatwirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren beim Vollzug von öffentlichen Politiken stark verändert. Dies hat Auswirkungen auf die Prozesse demokratischer Legitimation. Aber auch die zunehmende Verwendung von digitalen Instrumenten in der staatlichen Verwaltung (zum Beispiel Smart Cities) wirft diesbezüglich Fragen auf. Ähnliche Fragen, allerdings mit einem längeren Zeithorizont, stellen sich bei Massnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels. Hier gibt es in letzter Zeit Hinweise für eine stärkere Rolle der Gerichte im Rahmen von internationalen Klimaklagen, mit denen sich allenfalls auch die Schweiz auseinandersetzen muss. Generell werden des Öfteren Gerichte zur Klärung politischer Fragen bemüht. Inwieweit daraus ein demokratischer Legitimationsanspruch folgt, ist weiterhin zu beobachten.

c. Demokratie in der Gemeinde

Als den Bürger:innen am nächsten stehende staatliche Institution spielt die Gemeinde eine wichtige Rolle in modernen Demokratien. Sie wird deshalb auch als «Schule der Demokratie» bezeichnet. Das Gemeindesystem steht jedoch unter starkem Wandlungs- und Anpassungsdruck, dessen Auswirkungen auf Politik, Recht und Institutionen ebenfalls untersucht

werden. Zu thematisieren ist in diesem Bereich unter anderem die Bedeutung lokaler Autonomie für die Demokratiequalität. Genauer erforscht werden sollen auch weiterhin die Funktionsweise und die Herausforderungen des Milizsystems und die Konsequenzen des Medienwandels auf die lokale Demokratie. Bislang wenig erforscht ist die von der Gemeindepolitik ausgehenden Schubwirkung für Innovationen. Diese entsteht durch Volksinitiativen oder wird durch Volksentscheide aufgrund eines Referendums legitimiert. Im Anschluss an ein Forschungsprojekt zur Rolle der Gemeinden bei der Energiewende durch den beschleunigten Ausbau von Windenergieanlagen werden direktdemokratisch initiierte Massnahmen zugunsten des Klimaschutzes und der Klimaanpassung auf Gemeindeebene weiterhin beobachtet und gegebenenfalls untersucht.

d. Demokratie in multikulturellen Gesellschaften

Traditionelle und neuen Formen von Multikulturalität und Heterogenität fordern die demokratischen Gesellschaften heute auf verschiedenen Ebenen heraus. Zu diesem Thema gehören nicht nur verschiedene Aspekte der Mehrsprachigkeit in der Schweiz, sondern auch die Sensibilisierung der Entscheidungsträger in Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft gegenüber migrationsgesellschaftlicher Diversität. Diese ergeben sich häufig im Zusammenhang mit der Intersektionalität verschiedener Kategorien wie «race», «class», «gender» und «disability». Daraus folgen dringliche Fragen zur politischen Repräsentation und den Auswirkungen des demografischen Wandels. Diese werden auch im Projekt *Mind the Gap* aufgegriffen, das sich an angehende Lehrpersonen richtet und im Umfeld Pädagogischer Hochschulen Wirkung entfalten will.

e. E-Democracy

Digitale Technologien beeinflussen die demokratischen Entscheidungsverfahren mittlerweile auf allen Ebenen – lokal, regional, national und supranational. Ein wichtiger Forschungsschwerpunkt bleibt daher weiterhin der Einsatz digitaler Technologien bei der Abwicklung demokratischer Entscheidungsprozesse (e-voting, e-counting, e-collecting), sowie bei der Meinungsbildung der Wähler:innen und Stimmbürger:innen (voting aid applications, soziale Medien). Verstärkt analysiert wird das in einzelnen Publikationen bereits aufgegriffene Phänomen des E-Government im engeren Sinn, also elektronisches Verwaltungshandeln im Verhältnis zum Individuum. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf der Untersuchung der E-Government ermöglichenden Rechtsgrundlagen unter besonderer Berücksichtigung der durch Technizität und Dynamik verursachten Schwierigkeiten der Rechtsetzung.

Schwerpunkt 3: Demokratie und die historische und politische Bildung

Geschichtsunterricht und Politische Bildung haben den Aufbau kultur- und gesellschaftswissenschaftlichen Wissens und die Förderung von Kompetenzen zum Ziel. Sie sind Voraussetzung für die gemeinsame Verständigung über die Gewordenheit von Welt und ihre Ausprägungen sowie für die Sicherung demokratischer Grundwerte wie Menschenwürde, Freiheit und soziale Gerechtigkeit. Kinder und Jugendliche sollen erfahren, dass Gesellschaft von Menschen gestaltet ist und dass heutiges Handeln die Zukunft von uns allen prägen wird.

Guter und zeitgemässer Unterricht in Geschichte und Politischer Bildung beziehungsweise in Räumen, Zeiten Gesellschaft (RZG) erfordern kontinuierliche Unterrichtsentwicklung. Zu Fragen der Initiierung und Förderung fachlichen Lernens gesellen sich Fragen zu Bedingungen, Kontexten und Herausforderungen der Bearbeitung interdisziplinärer und transversaler Themen; immer wieder stehen auch Bildungswirkungen im Vordergrund. Als Zentrum der Pädagogischen Hochschule FHNW bearbeiten wir den vierfachen Leistungsauftrag in Lehre und Weiterbildung, Forschung, Entwicklung und Dienstleistung. Mit unseren Arbeiten bewegen wir uns im Spannungsfeld von Theorie, Empirie und Pragmatik und tragen mit der Herausgabe des Open-Access-Journals «Historical Thinking, Culture, and Education (HTCE)» zur Weiterführung der wissenschaftlichen Diskussion bei. Aktuelle Lernmaterialien auf der Basis neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse und fachdidaktischer Reflexionen schaffen die Grundlage für Unterrichtsqualität in einem Themenfeld, das stetig im Wandel ist.

a. Theoriebildung und Unterrichtsforschung zur historischen und politischen Bildung

Geschichte führt Kinder und Jugendliche in die Gewordenheit unserer Gesellschaften ein. Die Heranwachsenden erwerben Wissen und Fähigkeiten, um historische Fragen zu stellen, mit Quellen und Darstellungen kompetent umzugehen sowie sich mittels Geschichte in der Gegenwart zu orientieren. Politische Bildung nimmt politische Aushandlungsprozesse und die daran beteiligten Akteur:innen und Strukturen in den Blick. Sie führt in demokratische Werte ein und fördert die Entwicklung von Interesse und Partizipationsbereitschaft. Fachliche Perspektiven dienen der Themenbestimmung, der Auswahl von Basiswissen und Problemstellungen. Sie bilden den Ausgangspunkt für interdisziplinäres Arbeiten und ermöglichen auf diese Weise den Zugang zu gesellschaftlichen Schlüsselthemen. Wir treiben theoretische und konzeptuelle Entwicklungsarbeiten eigenständig voran und überprüfen konkrete Zugänge und Ansätze in Interventionsstudien oder mittels design-based Research-Ansätzen. Dabei legen wir Wert darauf, Praxispartner:innen wie Lehrpersonen und Schüler:innen in diese Entwicklungsarbeiten einzubeziehen. Projekte zur Geschichtsvermittlung erkunden neue Ansätze historischen Erzählens, welche eine ausschliesslich eurozentrische Perspektive und einseitige Fortschrittsgeschichten reflektieren und aufbrechen wollen, wie zum Beispiel Globalgeschichte, Geschichte lernen in der Migrationsgesellschaft, Umweltgeschichte und das Anthropozän. Das SNF-geförderte Projekt *Argumentieren und Urteilen in der Politischen Bildung auf Sekundarstufe I* vermittelt tiefergehende Einblicke in die Wirkung eines Argumentationstrainings und die Dialogqualität von Schüler:innendebatten. Darauf aufbauend

werden didaktische Materialien zur Förderung der politischen Argumentationsfähigkeit und Urteilskompetenz entwickelt.

b. Lerndiagnose und Wirkungsmessung

Die in diesem Bereich angesiedelten Projekte befassen sich einerseits mit methodischen Zugriffen und Instrumenten zur Diagnose von Lernprozessen und -ergebnissen in Geschichte und Politischer Bildung. Andererseits werden allgemeinere Wirkungen des gesellschaftswissenschaftlichen Unterrichts in den Blick genommen und politische und historische Kompetenzen untersucht. Unter anderen analysieren wir die Wirkungsweise spezifischer Bildungsangebote wie *Discuss it*, wobei uns eine ganzheitliche und längsschnittliche Betrachtungsweise am Herzen liegt. Ganz grundsätzlich interessieren wir uns für Lernoutcomes im Bereich Debattieren, Argumentieren und Urteilen und darauf aufbauend für die Frage, wie mündliche Kompetenzen gezielt gefördert werden können.

c. Ausprägungen einer demokratischen Schulkultur und Partizipation in digital-analogen Kontexten

Im Brennpunkt unserer Forschungsinteressen stehen ganz allgemein Motive, praktische Umsetzung und Reflexion politischer Partizipation und demokratischem Engagement von Kindern und Jugendlichen in verschiedenen Kontexten, wie etwa der Schule sowie in ausser-schulischen Bildungsangeboten. Im Vordergrund unserer Arbeiten stehen Überlegungen zu einer demokratischen Schulkultur.

Des Weiteren beforschen wir aktuelle und zukünftige Praktiken digitaler Partizipation und Teilhabe im SNF-geförderten Projekt *Politische Onlinepartizipation und Digital Citizenship bei 14- bis 19-jährigen Jugendlichen in der Schweiz*. Uns interessiert, wie Heranwachsende den digitalen Raum wahrnehmen, welche Kompetenzen sie für eine informierte, reflektierte und kritische Teilhabe mitbringen respektive welche besonderen Herausforderungen Kontexte digitaler Partizipation mit Bezügen zum Politischen für Jugendliche bereithalten. Eine besondere Aufmerksamkeit kommt dem allfälligen Vorliegen eines «digital gap» zu, das heisst systematischen Unterschieden in Medienzugängen und digital-analogen Kompetenzen zu. Zudem fragen wir nach Faktoren, die zu resilienten Verhaltensweisen im Umgang mit Informationsoverload und mangelnder Orientierung beitragen. Wir untersuchen dabei die Nutzung digitaler Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten und die individuellen Umgangsweisen mit Werkzeugen, – inklusive die Nutzung LLM-basierter Textmodelle, und erarbeiten gemeinsam mit schulischen Akteur:innen und Expert:innen einen Konzeptvorschlag für eine zukunftsweisende «Digital Citizenship Education».

d. Professionalisierung und Professionsforschung

Die professionelle Kompetenz von Lehrpersonen trägt entscheidend zur Qualität von Unterricht und dessen Lernwirksamkeit bei. Aus diesem Grund engagieren wir uns für den Aufbau und die Entwicklung professioneller Kompetenz von Lehrpersonen für alle Schulstufen sowie die Weiterbildung von Akteuren der ausser-schulischen Politik- und Geschichtsvermittlung. Im Projekt *Mind the Gap* erarbeiten wir Grundlagen einer diversitätssensiblen und rassistismuskritischen Bildung und erkunden Lernprozesse zum Aufbau professioneller Kompetenzen

bei angehenden Lehrpersonen. Im SNF-geförderten Projekt «Die Jugoslawienkriege und ihre Folgen als Gegenstand im Deutschschweizer Geschichtsunterricht» untersuchen wir Herangehensweisen und Herausforderungen im Umgang mit «controversial issues» im Umfeld der Jugoslawienkriege bei Lehrpersonen und deren Schüler:innen und beobachten neuere Zugänge zur Geschichte Osteuropas und des Balkans, die auch in Familiengeschichten derzeitiger Schüler:innen eine bedeutsame Rolle spielen.

e. Entwicklung von Unterrichtsressourcen für die Politische Bildung und Weiterentwicklung «SpielPolitik!»

In unseren Entwicklungsarbeiten berücksichtigen wir die Lernziele der neuen Lehrpläne für die Volksschule und für die Sekundarstufe II (Gymnasium und Berufsfachschulen). Mit der Erweiterung der Onlinereource PB-Tools stellen wir zu aktuellen gesellschaftlichen Fragestellungen und Schlüsselthemen ein Informations- und Materialienangebot für die Politische Bildung zur Verfügung – mit Schwergewicht Sekundarstufe I und II. Die publizierten Materialien entsprechen den neuesten fachlichen und fachdidaktischen Kenntnissen und sind – sofern sie aus eigenen Forschungsprojekten stammen – empirisch in der Zielgruppe erprobt. Derzeit planen wir eine Erweiterung des Angebots zu Grundlagen demokratischer Systeme und demokratischer Werte. Bei der Ausarbeitung der Unterrichtsmaterialien arbeiten Personen aus allen drei ZDA-Abteilungen mit und bringen ihr Wissen ein.

Das Praxisprojekt «SpielPolitik!» unterstützt Lehrpersonen beim Unterrichten in Politischer Bildung und ermöglicht es Schulklassen aus allen Sprachregionen der Schweiz, sich in Debatten im Bundeshaus in Bern über politische Fragen auszutauschen und Lösungen zu erarbeiten. Gemeinsam mit Expert:innen, Lehrpersonen und Schüler:innen werden wir in der vorliegenden Periode das Angebot weiterentwickeln und für Schüler:innen und Klassen des Basisniveaus anpassen. Diese Arbeiten stehen in Zusammenhang mit Ansätzen einer diversitätssensiblen Politischen Bildung, die den konstruktiven Umgang mit Vielfalt in unserer Gesellschaft fördern und begleiten will.

Schwerpunkt 4: Demokratische Innovationen

Eine Ursache der aktuellen Krise der Demokratie liegt in der Unzufriedenheit der Bürger:innen mit den existierenden demokratischen Institutionen. Nicht nur ihre Leistungen werden immer häufiger kritisiert, sondern auch ihre – vermeintliche oder tatsächliche – Unfähigkeit, wichtige Anliegen der Bevölkerung aufzunehmen und wirkungsvoll zu adressieren. Inwiefern demokratische Innovationen die Funktions- und Leistungsfähigkeit der Demokratie wiederherstellen und somit zu ihrer Resilienz beitragen können, steht im Mittelpunkt dieses neuen Forschungsschwerpunkts.

Nachdem neue Formen der Demokratie und der Bürger:innenbeteiligung – zum Beispiel Bevölkerungsräte, partizipative Budgets – sich zunächst in repräsentativen Demokratien etabliert haben, gewinnen sie seit ein paar Jahren auch in der Schweiz an Bedeutung. Bisher hat sich vor allem die Abteilung Allgemeine Demokratieforschung (ADF) mit diesem Phänomen befasst und diese in einer politikwissenschaftlichen Perspektive erforscht. Als Forschungsgegenstand bieten demokratische Innovationen in der Tat vielfältige Anknüpfungspunkte für die verschiedenen, in den Abteilungen des ZDA vertretenen Disziplinen. In den nächsten vier Jahren sollen sie deshalb zu einem Querschnittsthema für das gesamte ZDA werden.

a. Thema für alle Abteilungen des ZDA

Übergreifend stellen sich Fragen, die alle drei Disziplinen betreffen und im Diskurs zusammenführen. Wie sollen Gesellschaften Meinungen ausbilden und Entscheidungen treffen angesichts der zunehmend komplexen und transformativen Herausforderungen? Welche innovativen Prozesse können effektive und zugleich legitime Antworten hervorbringen auf Problemfelder wie beispielsweise den Klimawandel oder Künstliche Intelligenz? Inwiefern können sie dazu beitragen, die Repräsentationskrise der existierenden demokratischen Institutionen zu überwinden? Können sie einen Beitrag leisten zur De-Polarisierung der politischen Debatte? Unter welchen Umständen tragen sie zur Erneuerung und Stärkung des politischen Vertrauens bei? Und welche Rolle können sie spielen beim Formulieren und Umsetzen von effektiven Lösungen für aktuelle gesellschaftliche Herausforderungen und Probleme?

Aus politikwissenschaftlicher Sicht gilt es einerseits, die bisherigen Forschungsfragen weiterzuverfolgen. Wie entstehen demokratische Innovationen, von wem und warum werden sie eingeführt? In welchem Verhältnis stehen sie zu den traditionellen Institutionen der repräsentativen und direkten Demokratie? Unter welchen Bedingungen entstehen Prozesse von guter deliberativer Qualität? Wie werden demokratische Innovationen von den politischen Akteuren wahrgenommen? Wie werden sie von der breiten Bevölkerung beurteilt? Worin besteht ihr Mehrwert in der politischen und demokratischen Praxis? Welchen Beitrag zur Weiterentwicklung und Verbesserung der Demokratie können sie leisten? Welche Modelle der Institutionalisierung gibt es und welches sind ihre Chancen und Risiken?

Aus Sicht der Politischen Bildung lassen sich ebenfalls eine Reihe von relevanten Fragen untersuchen. Wie lassen sich Konzepte der Politischen Bildung in Prozessen der deliberativen Demokratie umsetzen? Was können die Moderator:innen in deliberativen Prozessen vom Umgang mit Kontroversität und vom Beutelsbacher Konsens lernen? Wie können Lern- und Austauschphasen in Bürgerräten didaktisch so gestaltet werden, dass sie die unterschiedli-

chen Voraussetzungen der teilnehmenden Bürger:innen adressieren und gleichzeitig bei allen Beteiligten die Urteilskompetenz fördern? Inwiefern können solche und weitere Beteiligungsprozesse die demokratischen Werte bei jungen Menschen stärken? Welche Bedeutung kommt dabei den digitalen Kommunikationskanälen, der Onlinerecherche sowie den damit verbundenen Meinungsbildungsprozessen zu? Angesichts der gesellschaftlichen Sorge um die politische Beteiligung von jungen Menschen sind diese Fragen von grosser gesellschaftlicher Relevanz.

Schliesslich gibt es auch vielfältige Anknüpfungspunkte für die Rechtswissenschaft. Wie lassen sich innovative partizipative Prozesse rechtlich verankern? Welche institutionellen und juristischen Rahmenbedingungen braucht es für die Einsetzung von Bürgerräten? Welche Kompetenzen und Aufgaben sollen sie haben – wenn überhaupt? Welche Spielräume bestehen bereits und wo braucht es Anpassungen – sofern gewünscht? Werden des Weiteren auch die Gerichte selbst als Institution Teil von innovativen partizipativen Prozessen, wie beispielsweise bei den sogenannten Klimaklagen? Welche Bedeutung haben solche Prozesse für die Legitimität politischer und rechtlicher Entscheidungen und für eine eventuelle Politisierung der Justiz?

b. Nationale und internationale Kooperationen

Die Forschungsaktivitäten des ZDA im Bereich der demokratischen Innovationen in den nächsten vier Jahren stehen auch im Zusammenhang mit dem *interuniversitären Forschungsschwerpunkt zu demokratischen Innovationen* (siehe www.unige.ch/pidem). Dieser wurde 2024 vom ZDA und dem *Département de science politique et de relations internationales* der Universität Genf mitgegründet, ist in der strategischen Partnerschaft zwischen den Universitäten Zürich und Genf verankert und wird mit einer gemeinsamen Initiative gefördert. Sein zentrales Anliegen ist es, wissenschaftliche Forschung zum Thema voranzutreiben, akademische Lehre anzubieten und durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit zur Stärkung demokratischer Innovationen und der Bürger:innenbeteiligung beizutragen. Im Zentrum stehen dabei der Aufbau und der Betrieb einer Datenbank über demokratische Innovationen in der Schweiz. Diese soll die Nutzung von Synergien auf gesamtschweizerischer Ebene erlauben, und so die wissenschaftliche Erforschung demokratischer Innovationen fördern und auch für die Praxis besser nutzbar machen.

Das ZDA kann in diesem Schwerpunktthema auch von der Kooperation mit dem in diesem Bereich weltweit führenden *Center for Deliberative Democracy and Global Governance* (CDDGG) der Universität Canberra profitieren. In einem 2025 abgeschlossenen Kooperations-Abkommen haben das ZDA und das CDDGG vereinbart, gemeinsame Publikationen und Forschungsprojekte, sowie Gastaufenthalte und gemeinsame Lehrveranstaltungen wie zum Beispiel Summer Schools zu fördern und durchzuführen.

Lehre und Wissenstransfer

Ein Kernauftrag des ZDA ist die Vermittlung von Forschungsergebnissen in Lehrveranstaltungen an beiden Mutterhochschulen, inklusive der Betreuung von Masterarbeiten. Hinzu kommt der Transfer von Forschungsergebnissen in die Lehrer:innenfortbildung sowie in die Schule und in ausser schulische Bildungseinrichtungen.

Aus- und Weiterbildung

Das ZDA sorgt für den Transfer der Forschungsergebnisse in die Lehre der beiden Mutterhochschulen. Dies geschieht durch Vorlesungen und Seminare, die von den Direktionsmitgliedern, den Assistenzprofessor:innen und weiteren ZDA-Mitarbeiter:innen an ihrer jeweiligen Hochschule durchgeführt werden. Hinzu kommt die Betreuung von Masterarbeiten und Dissertationen sowie die Durchführung von Weiterbildungskursen für Lehrpersonen in der Praxis.

In der bevorstehenden Entwicklungsperiode wollen wir die Lehre und Forschung eng aufeinander beziehen und Synergien für die Lehrer:innenbildung bewusst nutzen. Zudem soll der Joint-Degree-Masterstudiengang «Geschichte und Politische Bildung» am Institut Bildungswissenschaften – eine Kooperation der Pädagogischen Hochschule FHNW mit der Universität Basel – verstetigt und konsolidiert werden. Die Studierenden dieses Masterstudiengangs bilden den zukünftigen Nachwuchs im Bereich der gesellschaftswissenschaftlichen Fachdidaktiken. Sie sollen von den vielfältigen Forschungsaktivitäten, den zahlreichen Fachveranstaltungen sowie von der breiten Vernetzung des ZDA profitieren

Transfer des Wissens für die Politische Bildung und den Geschichtsunterricht

Schon seit je her engagiert sich das ZDA in der Entwicklung von Lehrmitteln und Unterrichtsmaterialien. Das jährlich erscheinende *POLIS. Das Magazin für Politische Bildung*, wird wie gewohnt Hintergrundberichte, Interviews, praxisnahe Artikel und Unterrichtsmaterialien präsentieren. Zudem bieten wir die digitale Ressource www.pb-tools.ch an und entwickeln sie stetig weiter. PB-Tools präsentiert online frei zugänglich Lerneinheiten und fachdidaktische Hintergrundmaterialien zu aktuellen politischen Fragen für den fachlichen und fächerübergreifenden Politikunterricht. Zahlreiche Materialien haben ihre Wurzeln in unseren Forschungsprojekten, ein Teil der didaktischen Vorschläge ist empirisch erprobt und entsprechend gekennzeichnet (vgl. Schwerpunkt 3). So können Schulen und ausser schulische Bildungsinstitutionen von unserer Arbeit direkt profitieren.

Das ZDA und die Öffentlichkeit

Das ZDA informiert interessierte Menschen aus Politik, Schulen, Verwaltung und der breiten Öffentlichkeit über Erkenntnisse und Grundlagen der Demokratieforschung und pflegt den Austausch und das Gespräch über aktuelle und zukünftige Entwicklungen.

Öffentlichkeitsarbeit

Erfolgreiche Öffentlichkeitsarbeit besteht in erster Linie in der verständlichen Kommunikation von Forschungsergebnissen zuhanden der breiteren Öffentlichkeit. Dies geschieht zum einen mittels aktiver Information durch Bereitstellung auf der Webseite und in den sozialen Medien, durch Präsentationen und die Teilnahme an Podiumsdiskussionen sowie die Organisation themengebundener Anlässe. Unsere Anlässe und Publikationen bewerben wir über traditionelle Kanäle wie zum Beispiel einem Newsletter und über soziale Medien. Regelmässig geben wir Journalist:innen von lokalen und nationalen Medien fachliche Auskunft und tragen als Interviewpartner:innen zur öffentlichen Meinungsbildung bei. Die jährlich durchgeführten «Aarauer Demokratietage» greifen aktuelle Fragestellungen auf und regen den Diskurs im Rahmen des öffentlichen Abendanlasses und in wissenschaftlichen Panels an. Darüber hinaus organisieren wir Podiumsdiskussionen zu aktuellen Demokratiefragen am ZDA und engagieren uns bei der zweijährlich stattfindenden aargauischen Demokratiekonferenz.

Offene Türen

Das ZDA heisst auch künftig Gruppen aus Politik, Schulen, Verwaltung und Zivilgesellschaft willkommen, die sich an Workshops und Besuchen zu Demokratieentwicklung und Politischer Bildung inspirieren lassen wollen. Auch Regierungs- und Parlamentsdelegationen aus dem Ausland werden sich weiterhin über das schweizerische Demokratie- und Milizsystem informieren lassen können.

Zusammenarbeit mit der Stadt Aarau, dem Kanton Aargau und dem weiteren Umfeld

Die Vermittlung von Forschungsergebnissen mit Bezug zum Kanton Aargau und der Stadt Aarau werden wir fortführen. An öffentlichen Anlässen greifen wir aktuelle politische Fragestellungen aus politik-, rechts- und bildungswissenschaftlicher Perspektive auf, präsentieren theoretische Standpunkte und empirische Befunde. Damit versuchen wir, Mitglieder der politischen Behörden mit Hintergrundinformationen zu versorgen sowie öffentlich zugängliche Gelegenheiten für Diskurs und Austausch zu schaffen. Andererseits werden gezielte Kooperationen eingegangen, um dank Multiplikatoren noch besser spezielle Zielgruppen anzusprechen. Wir arbeiten zusammen mit lokalen und nationalen Kulturinstitutionen (zum Beispiel Museen, Archiven, Kulturhäusern), Initiativen für die ausserschulische Politische Bildung und Gemeinden. Neue, überkommunale Zusammenarbeitsformen, Voraussetzungen und Konsequenzen digitaler Bürger:innenforen sowie weitere Aspekte der Digitalisierung wie beispielsweise e-Petitionen sind für Aargauer Gemeinden relevant.

Bereits begonnene Initiativen zur Beteiligung von Bürger:innen an Wissenschaftsvorhaben werden weitergeführt. Mit Methoden wie der «Partizipationsforschung» geht es auch darum, den Dialog zwischen Gesellschaft und Forschenden zu verstärken. Das ZDA wird hierzu in den nächsten Jahren neue Formate entwickeln und testen, um auch auf diese Weise den Wissenstransfer zu festigen.

Freunde des ZDA

Der Verein Freunde des ZDA besteht aus Personen der Aargauer Zivilgesellschaft und Politik, die an Demokratieforschung besonders interessiert sind. Der Verein vernetzt und gibt Rückmeldungen zu unserer Arbeit. Jährlich findet der Spätsommeranlass statt, der einem unserer aktuellen Forschungsthemen gewidmet ist. Ausklang findet der Abend beim traditionellen Risottoessen im ZDA-Garten. Der Austausch über Themen der Demokratieforschung wird in den nächsten vier Jahren weiter intensiviert.

Dienstleistungen

Im Auftrag von Stiftungen, Vereinen, Gemeinden, Kantonen, der Eidgenossenschaft, des Europarats oder anderen Einrichtungen im In- und Ausland erstellt das ZDA Gutachten, Expertisen und Evaluationen.

Auftragsforschung und Gutachten

Das ZDA betätigt sich in der Auftragsforschung und erstellt auf Mandatsbasis wissenschaftliche Gutachten. Inhaltlich muss ein Bezug zu einem der vier Forschungsschwerpunkte bestehen. Ausserdem wird ein strategisches Interesse an der Durchführung eines Auftrages vorausgesetzt. Schliesslich muss die völlige wissenschaftliche Unabhängigkeit gewährleistet sein. Im Speziellen muss die Möglichkeit der Publikation der Resultate stets garantiert sein.

Website des Zentrums für Demokratie

Die Website des Zentrums für Demokratie informiert über aktuelle Forschungs- und Entwicklungsprojekte am Zentrum. Ebenso wird auf wissenschaftliche und öffentliche Tagungen und Events hingewiesen. Sie soll fortan auf unsere Publikationen verweisen, die open access erhältlich sind, respektive einen entsprechenden Download-Link zur Verfügung stellen.

PB-Tools – digitales Handwerkszeug für die Politische Bildung

Die digitale Ressource PB-Tools offeriert Lehrpersonen und politischen Bildner:innen in ausser-schulischen Organisationen fachliche und didaktische Hintergrundinformationen, Lernmaterialien und Vernetzungsmöglichkeiten zu Politischer Bildung.

Ressourcen

Personalplanung

Die Personalplanung des ZDA basiert auf der von der Direktion ausgearbeiteten und von der Gesellschafterversammlung zur Kenntnis genommenen Personalstrategie. Diese wiederum orientiert sich massgeblich an den Personalverordnungen der Universität Zürich und der Pädagogischen Hochschule FHNW. Der überwiegende Anteil der Stellen dient der Nachwuchsförderung, indem Doktorierende und Postdoktorierende in zeitlich auf maximal sechs Jahre befristeten Anstellungsverhältnissen beschäftigt werden. In der Abteilung Politische Bildung und Geschichtsdidaktik (PBGD) ist der Bedarf nach eingearbeiteten Fachdidaktikmitarbeiter:innen gegeben. Aufgrund des benötigten doppelten Kompetenzprofils der wissenschaftlichen Mitarbeitenden (Fachausbildung sowie Pädagogikausbildung und Unterrichtserfahrung), das in der Schweiz teilweise on-the-job erworben wird, sind an der Pädagogischen Hochschule FHNW langfristige Anstellungsverhältnisse möglich. Der grosse Bedarf an qualifiziertem wissenschaftlichem Personal bedingt die frühzeitige Heranführung an die Forschung, weshalb inskünftig mit nochmals verstärkter Intensität Hilfsassistierende im Bachelor- oder Masterstudium beschäftigt werden sollen. Stand 31.12.2025 beschäftigt das ZDA 57 Mitarbeiter:innen mit insgesamt rund 34 Vollzeitstellenäquivalenten.

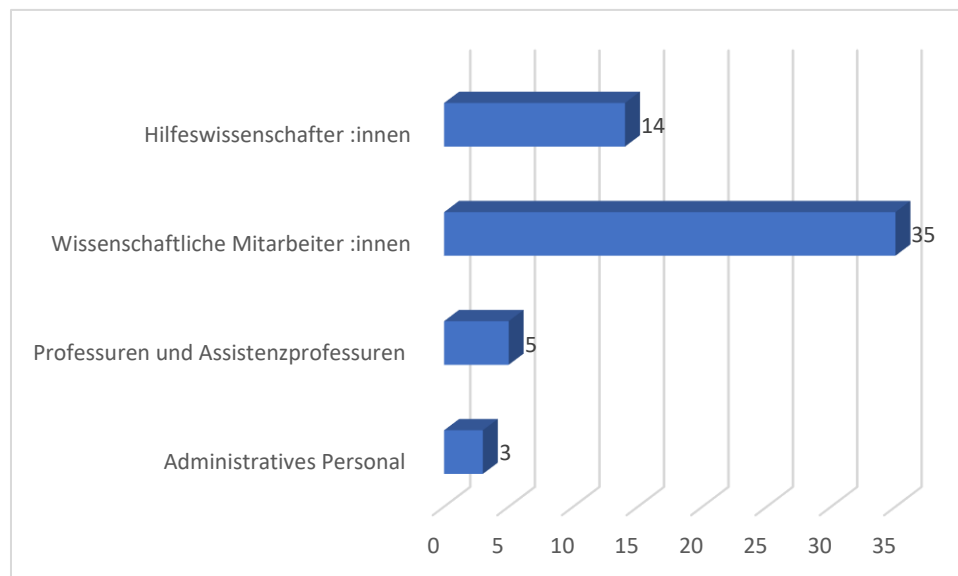


Abbildung 1: Übersicht Anzahl angestellte Personen nach Kategorien (Stand 31.12.2025)

Finanzplanung

Die Grundfinanzierung durch die vier Träger im Umfang von rund 3,2 Millionen Franken jährlich stellt während der Planungsperiode eine gesicherte Finanzierungsquelle für das ZDA dar (vgl. Tabelle 1 und Abbildung 2). Die wissenschaftliche Freiheit und Unabhängigkeit der De-

mokratieforschung werden dadurch auf einzigartige Weise gewährleistet. Wichtige Forschungsprojekte, insbesondere solche mit Grundlagenbezug, können auf dieser Basis finanziert werden. Darüber hinaus ist die Einwerbung von Drittmitteln für die Realisierung weiterer Projekte unabdingbar. Hierfür bieten sich insbesondere arbeitsintensive empirische und anwendungsorientierte Projekte an. Als Fördergefässe stehen die Projekt- und Karriereförderung durch den Schweizerischen Nationalfonds im Vordergrund.

Träger	CHF	in Prozent
Stadt Aarau	831'000	18
Kanton Aargau	846'000	18.2
Universität Zürich ¹	680'000	15
Fachhochschule FHNW ¹	650'000	14.3
Drittmittel (Durchschnitt) ²	1'600'000	34.5
Total	4'607'000	100

Tabelle 1: Jährliche Grundbeiträge der vier Träger 2026 bis 2029 (Prognose)

Anmerkungen:

¹ In der Regel übersteigen die effektiven Beiträge der Mutterhochschulen den vertraglich vereinbarten Mindestwert, da z.B. zu den Drittmitteln anteilmässig Globalmittel für die Projektdurchführung zur Verfügung gestellt werden.

² Durchschnittlicher Drittmittelbetrag der letzten Planungsperiode.

Die tatsächlichen Drittmittel sind von externen Faktoren abhängig und nur schwer abzuschätzen. Die vorhandene Fachkompetenz am ZDA verhilft hier zu einer gewissen Planungssicherheit. So können jeweils fast ein Drittel des Gesamtaufwands durch Drittmittel gedeckt werden. Davon sind zwei Drittel kompetitiv eingeworbene Mittel, ein Drittel werden durch Auftragsforschung, Mandate und Dienstleistungen generiert.

Infrastruktur

In der vergangenen Periode 2022-2025 ist es durch Zunahme des Personalbestandes zu Raumengpässen gekommen. Dank Desk-Sharing, flexiblem Home-Office, dem breiten Einsatz von Video-Konferenz-Tools, sowie der Anschaffung einer Besprechungsbox konnte die bestehende Infrastruktur effizient genutzt werden. Für die fruchtbare Zusammenarbeit in unseren zahlreichen Projekten sind wir aber auf eine regelmässige Präsenz der Mitarbeitenden vor Ort und somit auf eine genügende Anzahl Arbeitsplätze am ZDA angewiesen. In der kommenden Planungsperiode soll weiterhin auf eine optimale Nutzung der bestehenden Arbeitsplätze und Räumlichkeiten geachtet werden.